

Alle gegen Deutschland

29.04.2018 | [Manfred Gburek](#)

Man braucht keiner Verschwörungstheorie anzuhängen, um zu diesem Ergebnis zu kommen: Deutschland wird gerade ökonomisch und vor allem auch politisch von den eigenen "Partnern" eingekesselt. Angeführt von US-Präsident Donald Trump, der die Bundeskanzlerin ganz bewusst nur für eine Stippvisite nach Washington beordert hat, angeführt aber auch von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und einer ganzen Phalanx von Schuldenländern aus der EU, fordern diese "Partner" konsequent massive finanzielle Unterstützung ein.

Dumm gelaufen -und was nun? Die Antwort fällt vielschichtig aus. Beginnen wir mit einem Zitat von Bundesbank-Präsident Jens Weidmann. Er formulierte am 12. April aus Anlass der Ludwig-Erhard-Lecture in Berlin diesen Satz: "Eine europäische Einlagensicherung wäre zweifellos ein Beitrag zu einem stabileren Finanzsystem, da das Risiko einer Einlegerpanik sinken und die Bankenunion vollendet würde."

Nanu, ist Weidmann auf einmal entgegen seiner bisherigen strengen Linie gegen eine allgemeine Einlagensicherung untreu geworden? Ist er nicht. Denn unmittelbar nach dem zitierten Satz beschwore er in Berlin ein Mal mehr "die Einheit von Haften und Handeln" - der Bundesbank-Präsident, als Mitglied des EZB-Rats so etwas wie der Antipode zu EZB-Präsident Mario Draghi, verteidigt Deutschland auf seine Weise gegen die ökonomischen und politischen Währungs-Weichmacher.

Und er legt den Finger gleich in mehrere Wunden: "Risiken, die in nationaler Verantwortung entstanden sind, sollten nicht nachträglich vergemeinschaftet werden. Zu den Altrisiken zählen etwa die Bestände an notleidenden Krediten in den Bankbilanzen. Problematisch sind aber auch die Bestände an Staatsanleihen in den Bankbilanzen, die aufgrund einer regulatorischen Ausnahmeregel nicht oder kaum mit Eigenkapital unterlegt und der Höhe nach unbeschränkt sind."

Die Frage, die sich hier aufdrängt: Ist denn gegen die Misswirtschaft von Staaten und Banken kein Kraut gewachsen? Nicht, solange das Prinzip der Politik gilt. Und das bedeutet: Deutschland muss sich den Forderungen von Trump beugen und zum Beispiel mehr Geld als bisher für die Aufrüstung innerhalb der Nato und darüber hinaus ausgeben. Deutschland muss aber ebenfalls - und das als wirtschaftlich stärkstes EU-Land - akzeptieren, dass Macron mit seiner Charme-Offensive diesseits und jenseits des Atlantiks nicht zuletzt auch finanziell Druck ausübt.

Das gelingt ihm allein schon deshalb, weil er es verstanden hat, trickreich die lange Patt-Phase während der zäflüssigen Bildung der Großen Koalition in Deutschland zugunsten von Frankreich zu nutzen. "Es geht wie immer in Europa um die Fragen möglicher Geldtransfers und der Abgabe von nationaler Macht", resümiert Carsten Brzeski, Chefvolkswirt der ING-DiBa.

Europa, ein Kontinent, den jedes Land so geschickt wie möglich für sich zu nutzen versucht. Basierend auf Verträgen, die niemand einhält. Mit einer nur zum Teil gemeinsamen Währung namens Euro, die ursprünglich für den Kitt sorgen sollte, der Europa zusammenhält, sich jedoch im Nachhinein als politisch erzwungene, an den Rändern immer wieder zerbröselnde Transferunion erweist.

Und nun auch noch der Brexit. Falls er wirklich kommt, was durchaus nicht sicher ist, wenn man seine Folgen bedenkt. Angenommen, er kommt. Dann wird aus dem Gleichgewicht der finanziellen Kräfte in der EU - Nordländer einschließlich Großbritannien 39 Prozent, Südländer mit Frankreich an der Spitze 38 Prozent - eine Schieflage: Nordländer nur noch 30 Prozent, Südländer 43 Prozent.

Die Folgen wären gravierend. Volker Kleff, Senior-Analyst des Finanzdienstleisters Feri, beschreibt sie wie folgt: Wahrscheinlich kommt es zu bilateralen Handelsvereinbarungen zwischen der EU und Großbritannien, deren Erfolg auch von Zugeständnissen der EU abhängen würde. Es gäbe beiderseitige Wachstumsverluste. Am stärksten betroffen wäre Irland. Aber auch Deutschland müsste mit Verlusten rechnen; besonders die hiesige Autoindustrie würde Schaden erleiden. Alles in allem dürfte der Brexit die EU schwächen und den Übergang zur Transferunion bereiten.

Also kein verheißungsvoller Ausblick. Erschwerend kommt hinzu, dass die deutsche Wirtschaft sehr stark von der Autoindustrie und ihren Zulieferern abhängt. Den Beginn einer ganzen Kette von Mogeleien, Missgeschicken und nicht zuletzt auch Versagen der deutschen Industriepolitik markierte die sogenannte VW-Dieselaffäre, die in Wahrheit mehr war als nur ein Abgasproblem, nämlich die hässliche Seite eines globalen Konkurrenzkampfes.

Die ganze Wahrheit dazu werden wir noch jahrelang häppchenweise serviert bekommen. Glücklicherweise gibt es Journalisten, die mit ihren Recherchen nicht locker lassen. Und die deutsche Politik? Sie konnte wegen der langwierigen Bildung der Großen Koalition wieder mal nicht rechtzeitig zur Stelle sein.

Wie wird sich die Konjunktur im globalen Rahmen weiterentwickeln? Auch hierzu sei ein Feri-Mann zitiert, Chefvolkswirt Axel D. Angermann. Er resümiert: Der Aufschwung der Weltwirtschaft erreicht seinen Höhepunkt. Der globale Handelsstreit dauert an. Der Aufschwung in den Schwellenländern setzt sich mit abnehmender Dynamik fort. Im Euroraum ist der Höhepunkt des Aufschwungs erreicht. Deutschland ist in puncto Wachstum nicht mehr automatisch Europas Nummer eins. Die Wachstumsdynamik in China lässt nach. Ein konjunktureller Abschwung in den USA ist ab 2019 wahrscheinlich. Der Dollar wird mittelfristig leicht aufwerten.

Insgesamt gesehen haben wir es also mit einem gemischten Bild zu tun. Und wie steht es um die Geldpolitik? Dazu Angermann: "Die EZB befindet sich im Dilemma zwischen der Notwendigkeit, einerseits für den nächsten Abschwung eine gewisse geldpolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und andererseits eine zu große Belastung der Staatshaushalte durch steigende Zinsen zu vermeiden sowie weiter bestehende konjunkturelle Unterschiede innerhalb des Euroraums zu berücksichtigen."

Worin besteht der Ausweg aus diesem Dilemma? Angermann nimmt da kein Blatt vor den Mund: "Die absehbare Abschwächung der Wachstumsdynamik und der Ausstieg der EZB aus der ultra-expansiven Geldpolitik werden die anhaltenden strukturellen Schwächen im Euroraum wieder stärker in den Fokus rücken. Wahrscheinlich sind eine stärkere Vergemeinschaftung von Risiken und möglicherweise auch Schulden und damit auch größere finanzielle Belastungen Deutschlands."

Geht man aus naheliegenden Gründen davon aus, dass sich alle großen Mitspieler in diesem Finanzkampf - EU, EZB, Frankreich, Großbritannien, USA u.a. - gegen Deutschland richten, weil hier gerade sehr viel Geld locker sitzt, ist noch mit so mancher politischen Attacke, auch mithilfe der Medien, zu rechnen - letzten Endes zulasten deutscher Steuerzahler. Für die Geldanlage lässt sich daraus nur der Schluss ziehen: Abwarten, geduldig bleiben, diversifizieren, viel Liquidität bei verschiedenen Banken und Sparkassen vorhalten, die weitere Geldpolitik der EZB, aber auch ihrer amerikanischen Schwester Fed verfolgen und sicherheitshalber einen nicht unerheblichen Betrag in Gold und Silber investieren.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Neu bei gburek.eu: Inside China

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/373868-Alle-gegen-Deutschland.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).